

N i e d e r s c h r i f t

**der 29. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 13.03.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE.	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE.	bis 19:45 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	bis 19:20 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	bis 19:45 Uhr
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Christian Anton	SKE	
Herr Udo Nistripke	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	vertreten durch Frank Eigenfeld
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Thomas Wünsch	SKE	
Herr Hubert Leuschner	SKE	

Verwaltung:

Herr Eberhard Doege
Frau Gudrun Beitz
Frau Uta Balleyer
Frau Rita Lachky

Gäste:

Herr Dr. Thomas Katterle	FB 31, Ressortleiter	
Herr Steffen Johannemann	FB 31, Ressortleiter	
Herr Wolfgang Zeipelt	ZGM Bereichsleiter	zu TOP 4.1
Frau Kerstin Schmidt	FB 32, Ressortleiterin	zu TOP 10
Herr Hans-Joachim Winkler	FB 32, Teamleiter	zu TOP 10

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 17.01.2008
4. Vorlagen
 - 4.1. Energiebericht 2007
Vorlage: IV/2007/06921
 - 4.2. Satzung über den Ausschluss und die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke in der Stadt Halle (Saale)
(Ausschlusssatzung Abwasser)
Vorlage: IV/2008/06966
5. Anträge
 - 5.1. Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Prüfung der Folgen des Klimawandels für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06894
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Informationen
 - 9.1. Information zur Struktur der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd und des Polizeireviers Halle (Saale)
10. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte das neue Mitglied des Ausschusses, Herrn Nistripke.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Herr Wehrich bat um Aufnahme des Antrages der Stadträte Wolff/Schuh zur Umsetzung des Projektes Klimaschutz macht Schule.

Herr Doege bat um Vorziehung des Tagesordnungspunktes 9.1. nach dem TOP 3. Dazu gab es keine Einwände.

Nachfolgende Tagesordnung wurde einstimmig angenommen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 17.01.2008
4. Vorlagen
- 4.1. Energiebericht 2007
Vorlage: IV/2007/06921
- 4.2. Satzung über den Anschluss und die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Nutzungsberechtigten der Grundstücke in der Stadt Halle (Saale)
(Ausschlusssatzung Abwasser)
Vorlage: IV/2008/06066
5. Anträge
- 5.1. Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zur Prüfung der Folgen des Klimawandels für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06894
- 5.2. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh – Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE
- zur Umsetzung des Projektes Klimaschutz macht Schule
Vorlage: IV/2007/06488

6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Informationen
- 9.1. Information zur Struktur der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd und des Polizeireviers Halle (Saale)
10. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 17.01.2008

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Energiebericht 2007 Vorlage: IV/2007/06921

Protokoll:

Herr Doege gab eine kurze Einführung zum Bericht und äußerte u. a., dass der Bericht durch das ZGM erarbeitet wurde, es sich um eine Bestandsaufnahme, eine Analyse handele und bestimmte Hinweise enthalten seien, wie in Zukunft mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz erreicht werden können. Ferner sei in den Beschlusspunkten auch enthalten, das Projekt „Klimaschutz macht Schule“ fortzusetzen. Der Antrag ginge seinerzeit von einer bestimmten Prozessgestaltung aus. In den Verwaltungsgebäuden der Stadt sei die Umsetzung des „fifty-fifty-Modells“ nicht möglich, da die eingesparten Mittel der Haushaltskonsolidierung gut geschrieben werden. Bei den Kindergärten könne man Kinder erst ab fünf Jahre begeistern. Daher sei ein gemeinsames Handeln schwierig.

Frau Wolff erwähnte, dass das Projekt bundesweit so bezeichnet werde. Es gäbe verschiedene Modelle. Im Zusammenhang mit der Behandlung des Antrages stelle sie noch einen Änderungsantrag. In Leipzig und Dresden funktioniere das Projekt sehr gut. In Halle sei es zunächst ein Anfang. Der Antrag müsse auch in den Betriebsausschuss Kita verwiesen werden.

Herr Doege ist der Meinung, dass es keinen Sinn mache, den Bereich der Kindergärten herauszunehmen. Ggf. müsse die Beratungsfolge geändert werden.

Die Frage von **Herrn Doege**, ob sich die Behandlung des Antrages erledigt habe, verneinte **Frau Wolff**.

Herr Misch ist der Ansicht, dass der Bericht zwar eine große Fleißarbeit sei, er aber in keiner Weise Aussagen zum Energiebedarf treffe. Z. B. richte sich die Raumheizung nach mehreren Kriterien. Aus den Kriterien könne man relativ exakt den Wärmebedarf errechnen. Es handle sich beim Bericht um reine quantitative Aussagen. Es müsse u. a. die tägliche Nutzungszeit der Einrichtungen in Betracht gezogen werden.

Herr Wehrich schloss sich den Aussagen von Herrn Misch an und stellte den Antrag zur Aufnahme eines weiteren Beschlusspunktes:
Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2008 für alle Objekte, die den Grenzwert der Energieeinsparverordnung überschreiten, technische und organisatorische Maßnahmen zur Energieeinsparung vorzuschlagen.

Herr Dr. Rürup meinte, dass die Energieeinsparung nur ein Teil und die Nutzung ausschlaggebend sei.

Herr Zeipelt ging auf die Vorlage ein und merkte u. a. an, dass die „roten Zahlen“ im Bericht aussagen, dass ein höherer Verbrauch vorliege. Im zweijährigen Fortschreibungsbericht werden dazu Aussagen getroffen. Das von Herrn Wehrich im Antrag vorgeschlagene Zeitfenster sei so nicht leistbar.

Herr Wehrich entgegnete, dass er Maßnahmenvorschläge für die Gebäude haben wolle, die unabhängig von den Berechnungen sind. Es gehe um eine qualitative Einschätzung der Gebäude.

Herr Dr. Yousif, Frau Wolff und Herr Zeidler äußerten sich u. a. zu den überhöhten Kosten. Hier wurde das Beispiel der Glauchaschule mit überhöhtem Energieverbrauch durch Nutzung der Montessorischule genannt.

Auf die Frage von **Herrn Zeidler** zur elektronischen Datenerfassung antwortete **Herr Zeipelt**.

Da, so **Herr Wehrich**, Softwaremodule fehlen, stellte er einen zweiten Antrag für die Ergänzung der Beschlussfassung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die fehlenden Softwaremodule für die Energieabsenkung schnellst möglich zu beschaffen.

Ein dritter Antrag für die Aufnahme in den Beschluss stellte **Herr Wehrich** mit folgendem Wortlaut:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei Neuinvestitionen von Beleuchtungsanlagen soweit wie möglich den Standard gemäß VDI 3807 T4 (E) anzuwenden.

Herr Wehrich erinnerte daran, dass er persönlich den Antrag gestellt habe, eine Stabsstelle Energie einzurichten. Bisher stünde eine Stellungnahme der Verwaltung immer noch aus.

Herr Zeipelt antwortete, dass bis 25.03.06 ein Energiesparkontraktmodell erarbeitet werden sollte, in dem mindestens fünf Objekte der Stadt einzubeziehen waren. Dies wurde im November 2007 dem Stadtrat vorgelegt. In der 16. Kalenderwoche werden für die fünf Objekte die Ausschreibungsunterlagen vorgelegt.

Es erfolgte eine Abstimmung zu den einzelnen Beschlusspunkten:

1. Alle Objekte mit einem überdurchschnittlichen Energieverbrauch werden durch den Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement einer Verbrauchsprüfung unterzogen. Daraus wird eine Priorisierung von Energiemanagementprojekten abgeleitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement informiert jeweils zeitnah nach einem Abrechnungszeitraum die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe und der Kulturbetriebe über Energiesparmaßnahmen durch verändertes Netzerverhalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Die Verwaltung aktiviert zusammen mit interessierten Umweltschutzverbänden das Projekt „Klimaschutz macht Schule“. Das Kalenderjahr 2008 wird das erste Projektjahr unter Zugrundelegung des „fifty-fifty-Modells“ (siehe Begründung).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Der Energiebericht unterliegt einer 2-jährigen Fortschreibungsfrist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2008 für alle Objekte, die den Grenzwert der Energieeinsparverordnung überschreiten, technisch-organisatorische Maßnahmen zur Energieeinsparung vorzuschlagen.

Herr Dr. Eigenfeld verwies auf mögliche Einsparpotenziale an den Wochenenden und Feiertagen.

Zur Anregung von **Herrn Doege**, dass es sinnvoll sei, diesen Punkt nach dem Fortschreibungsbericht in zwei Jahren ggf. zu ergänzen, teilte **Herr Wehrich** mit, dass ihm der Prozess zu langsam erscheine.

Abstimmungsergebnis: 8 – Ja-Stimmen
1 – Stimmenthaltung

einstimmig.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, die fehlenden Softwaremodule für die Energieabsenkung schnellst möglich zu beschaffen.

Abstimmungsergebnis: 8 – Ja-Stimmen
1 – Stimmenthaltung

einstimmig.

7. Die Verwaltung wird beauftragt, bei Neuinvestitionen von Beleuchtungsanlagen soweit wie möglich den Standard gemäß VDI 3807 (E) anzuwenden.

Abstimmungsergebnis: 8 – Ja-Stimmen
1 – Stimmenthaltung

einstimmig.

Herr Misch wollte wissen, ob bei den unterschiedlichen Projekten auch Handlungsempfehlungen gegeben wurden, die nur auf die Stadt Halle einen Bezug haben. Im Bereich des Hochwasserschutzes würden z. B. unterschiedliche Berechnungen vorliegen.

Herr Dr. Rürup und Herr Nistripe bezogen sich in ihren Ausführungen auf die unterschiedlichen Szenarien bzw. auf mögliche Kosten.

Herr Weihrich geht davon aus, dass dies ein Geschäft der Verwaltung sei ohne Verursachung zusätzlicher Kosten.

Herr Misch unterbreitete den Vorschlag, dass die Verwaltung beauftragt werde, mit den übergeordneten Landesbehörden und wissenschaftlichen Einrichtungen in Verbindung zu treten und abzufragen, ob bestimmte Handlungsempfehlungen für die Stadt ableitbar wären.

Herr Dr. Eigenfeld stellte die Frage, wie die Stadt Halle es schaffen soll, eine konkrete Antwort zu geben. Seiner Meinung nach sei dies nicht machbar. Er halte den Vorschlag von Herrn Misch für sinnvoll.

Herr Weihrich betonte, dass niemand den Klimawandel anzweifle. Es gebe unterschiedliche Ergebnisse bei den Projektionen. Aktivitäten auf Bundes- und Länderebene müssen auf kommunaler Ebene untersetzt werden.

Herr Dr. Yousif unterbreitete den Vorschlag, den Termin Juli 2008 auf den 31. 12. 2008 zu verändern.

Zur Leistbarkeit eines Berichtes der Stadt gab es unterschiedliche Aussagen von **Herrn Nistripe, Herrn Dr. Rürup und Herrn Schiller**.

Herr Kupke unterbreitete den Vorschlag, nicht verbrauchte Mittel beim Winterdienst, einzusparen.

Herr Dr. Fiedler ist der Ansicht, ein Institut zu beauftragen.

Herr Weihrich verwies darauf, dass Herr Prof. Frühauf von der MLU sich mit der Problematik befasse und es ihm darum gehe, dass im Ausschuss über die Thematik diskutiert werde.

Herr Dr. Eigenfeld wiederholte noch einmal seine Aussage, dass die Verwaltung mit dem Antrag überfordert sei und begründete dies.

Herr Dr. Yousif stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Diskussion.

Da der Verwaltung noch die Möglichkeit gegeben werden sollte, sich zu äußern, teilte **Herr Doege** mit, dass die Abarbeitung des Antrages in der Komplexität von der Verwaltung nicht leistbar sei und begründete dies. Die Verwaltung tue sich mit dem Antrag deshalb schwer, weil die Erwartungshaltung nicht erfüllbar sei, unabhängig davon, dass es eine Vielzahl von Untersuchungen gebe. Es sei nur möglich, schrittweise auf bestimmte Themenfelder abzuschichten. Daher unterbreite er den Vorschlag, Einrichtungen (u. a. LAU, MLU, Bundesumweltamt) abzufragen mit der Bitte, der Stadt belastbare Aussagen zur Verfügung zu stellen, die dann auf Halle umgemünzt werden können. Danach würde ein Zwischenbericht im Ausschuss gegeben werden.

Herr Weihrich sagte, dass die von Herrn Doege getroffene Aussage seinen Intentionen entspreche.

Es erfolgte eine Verständigung zum Zeitplan. Dazu äußerten sich **Herr Doege, Herr Dr. Katterle und Herr Wehrich**.

Sodann stellte **Herr Wehrich** den Antrag, seinen Antrag auf die Oktobersitzung zu vertagen. Es soll dann berichtet werden über das Ergebnis der Abfragen und einen Zeitplan, aus dem ersichtlich ist, wie die einzelnen Themenfelder abgearbeitet werden können.

Dem Antrag auf Vertagung in die Sitzung des Ausschusses am 16. Oktober 2008 wurde **mehrheitlich zugestimmt (6 – Ja-Stimmen, 1 – Stimmenthaltung)**.

**zu 5.2 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Umsetzung des Projekts Klimaschutz macht Schule
Vorlage: IV/2007/06488**

Protokoll:

Frau Wolff teilte mit, dass sie den Antrag auf recht hält mit einem Änderungsantrag zu Punkt 2., dass beim Finanzierungsmodell die Verwaltung ausgeschlossen wird.

Unter Berücksichtigung des Änderungsantrages erfolgte die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6 – Ja-Stimmen
 1 – Stimmenthaltung

einstimmig.

zu 6 Anfragen

Protokoll:

Herr Dr. Rürup verwies darauf, dass seit Silvester die Torflügel des Zaunes nicht mehr geschlossen sind. Es handelt sich um einen integrativen Spielplatz an der ehemaligen Gaststätte „Treff“.

Frau Wolff kritisierte den Grünschnitt im Stadtpark. Sie wollte wissen, ob der Verschnitt fachgerecht erfolgte. Des Weiteren kritisierte sie, dass das abgeschnittene Geäst wochenlang herum liegen würde.

Herr Doege antwortete, dass die Stadt in ihren Parkanlagen eine Vielzahl von Pflegearbeiten geleistet habe, um den eigentlichen Anlagencharakter zu erhalten. Es gebe Parkanlagen, die zugewuchert seien. Es wäre vielleicht hilfreich, diese Frage im Planungsausschuss zu stellen .

Die von Frau Krischok gestellten Anfragen wurden den Anwesenden in Kopie übergeben und werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Schlüter-Gerboth stellte im Auftrag von Herrn Stadtrat Köck nachfolgende Anfragen:

Gibt es einen Bericht des Lärmschutzbeauftragten oder der Lärmschutzkommission der Stadt Halle zu der zunehmenden Lärmbelastung im halleschen Osten durch die Nordabkürzung des Flughafens Leipzig – Halle?

Welche Auswirkung hätte die Einschränkung des Flugkorridors von 5000 auf 500 m?

Das Wassergesetz Sachsen-Anhalt sieht für Kreise und Kommunen eine Satzung zur Wasserwehr vor.

- Hat die Stadt Halle eine solche Satzung?

- Wenn ja, wie viele Ehrenamtliche sind dabei eingebunden?

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 8 Anregungen

Protokoll:

Wortmeldungen gab es nicht.

zu 9 Informationen

zu 9.1 Information zur Struktur der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd und des Polizeireviers Halle (Saale)

Protokoll:

Anhand des ausgeteilten Organigramms informierte **Herr Richter**, leitender Polizeidirektor vom Polizeirevier Halle, über die Struktur der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd und Halle (Saale), die mit Wirkung zum 01. 01. 2008 gültig ist.

Die Frage von **Herrn Dr. Yousif**, ob es mit der neuen Struktur eine Erhöhung des Personalbestandes gebe, verneinte **Herr Richter** mit dem Hinweis auf das Personalentwicklungskonzept des Landes.

Herr Dr. Fiedler wollte wissen, ob die City-Wache weiterhin bestehen bleibt. Dies bejahte **Herr Richter** mit dem Hinweis einer vorgesehenen örtlichen Veränderung.

Herr Richter ging des Weiteren auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen von Jugendlichen im Alter von 15 – 21 Jahren am 18. und 19. 01. 08 ein. Diese fanden in den Bereichen vom Lutherplatz bis Rosengarten statt, die verbunden waren mit Sachbeschädigungen an Straßenbahnen, Wartehäusern, Geschäften und Fahrzeugen. Es wurden 111 Personalien festgestellt. Es waren Auseinandersetzungen zwischen zwei jugendlichen Gruppierungen. Diese Jugendszene war der Polizei bisher nicht bekannt. Eine Vielzahl von den Jugendlichen sei ausgerüstet gewesen mit Gewaltgegenständen, so u. a. mit Schlagstöcken. Es handele sich hier um eine neue Darstellungsform von Gewalt und Gewaltverherrlichung. Dies sei eine Form von Gewalt, die die Polizei in dieser Form bisher noch nicht kannte, sei aber nicht politisch motiviert. Ferner verwies **Herr Richter** auf die zunehmende Erhöhung der Graffitibeschädigungen und die zunehmenden Containerbrände. Auch bei den Buntmetalldiebstählen sei eine ansteigende Tendenz sichtbar.

Herr Wehrich schlug eine kontinuierliche halbjährliche Berichterstattung über aktuelle Ereignisse im Ausschuss vor.

Frau Wolff ist der Ansicht, dass die seinerzeit bestehenden Polizeibeiräte eine gute Institution gewesen sei. Der Präventionsrat reiche nicht aus.

Auf die Fragen von **Herrn Dr. Yousif** zum Anteil der ausländischen Bürger an der Kriminalität teilte **Herr Richter** mit, dass der Integrationshintergrund nicht erfasst werde.

Zur Frage von **Herrn Wehrich** nach der rechtsextremen Szene teilte **Herr Richter** mit, dass es sich um eine absolute Splittergruppe handele.

zu 10 **Mitteilungen**

Protokoll:

Herr Doege informierte über die Struktur der Bundespolizei, die ab 01. 03. 2008 in Kraft trete. Sitz der künftigen Bundespolizeidirektion ist Pirna. Die bisherige Bundespolizeiinspektion Halle mit Sitz am Hauptbahnhof wurde aufgelöst. Sitz der künftigen Bundespolizeiinspektion ist Magdeburg. In Halle seien nur noch die eingesetzten Beamten im operativen Dienst tätig. Die Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung ist in Halle eine neue Behörde.

Frau Schmidt informierte über die Konzeption des Weihnachtsmarktes 2008 und führte u. a. aus, dass der diesjährige Weihnachtsmarkt vom 24.11. bis 23.12.08 stattfindet. Die Öffnungszeiten seien Montag – Freitag von 10:00 bis 21:00 Uhr, samstags von 10:00 bis 24:00 Uhr und sonntags von 11:00 bis 21:00 Uhr. Die Glühweinstände würden bis 21:30 Uhr öffnen. Der Weihnachtsmarkt soll sich vom Bereich Ulrichkirche über den gesamten Marktplatz bis zum Hallmarkt erstrecken. Gesamter Weihnachtsmarkt soll durch Lichterketten entlang der Hüttenreihen festlich geschmückt werden. Auf der Ostseite des Marktplatzes werden ca. 80 Verkaufshütten und 30 Eigengeschäfte aufgebaut. Der Kindererlebnisbereich einschl. Märchenwald befindet sich auf der Westseite des Marktes. Auf der Westseite des Marktes sei der Aufbau eines europäischen Dorfes zur Vorweihnachtszeit vorgesehen. Zwischen Marktkirche und Roter Turm werde eine Eisbahn aufgebaut. Hier müsse noch die Finanzierung geklärt werden. Sollte das Projekt verwirklicht werden, sei vorgesehen, die Eisbahn bis zur Beendigung der Winterferien im Februar 2009 zu betreiben. Den in der Vorweihnachtszeit noch verbleibenden Wochenmarkthändlern

können Ausweichplätze auf dem Altern Markt und den Wochenmärkten Halle-Neustadt sowie Vogelweide angeboten werden.

Der Hallmarkt werde wieder als Erlebnisbereich mit Schaustellergeschäften bestückt. Die Straße entlang der Küsterei als Verbindung zwischen Marktplatz und Hallmarkt werde weihnachtlich stärker dekoriert als in den Vorjahren.

Entsprechend der öffentlichen Ausschreibung eingehende Angebote zur Teilnahme am Weihnachtsmarkt werden durch einen Beirat geprüft und ausgewählt. In den Nachmittagsstunden erfolge ein vielfältiges unterhaltsames Familienprogramm. Die Finanzierung des Weihnachtsmarktes sei im Haushalt des FB 32 in Höhe von 255.600 € veranschlagt. Zur Deckung der Kosten seien Einnahmen in gleicher Höhe vorgesehen. Gemäß Ausschreibung seien nachfolgende Warensortimente und Leistungen vorgesehen: Gestecke und Tannengrün, Christbaumschmuck, Schnitzereien, Kunstgewerbeartikel, Wintersportartikel, Lederwaren, Kerzen, Geschenkartikel/Schmuckwaren, Keramik-, Porzellan- und Glaswaren, Spielwaren, Süßwaren, Kinderfahrgeschäfte, Imbissgeschäfte, Glühweinstände.

Frau Schlüter-Gerboth versteht nicht, warum man auf dem Weihnachtsmarkt keine Mützen und keine Schals kaufen kann.

Frau Schmidt und Herr Winkler begründeten dies u. a. damit, dass es sich bei dem Sortiment um keine weihnachtstypischen Artikel handele.

Frau Wolff wollte wissen, warum der Hansering in den Weihnachtsmarkt nicht einbezogen werde.

Herr Winkler antwortete, dass das Angebot den Händlern unterbreitet wurde, die dies aber ablehnten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin